

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © WCC/ Paulino Menezes

Die neuen Präsidenten des OeRK: (v.l.n.r.): John Taroanui Doom, Evangelische Kirche von Französisch-Polynesien, Pfrin. Dr. Bernice Powell Jackson, Vereinigte Kirche Christi (USA), Dr. Mary Tanner, Kirche von England, Pfr. Prof. Dr. Simon Dossou, Methodistische Kirche von Benin, Erzbischof Dr. Anastasios von Tirana, Autokephale Orthodoxe Kirche von Albanien, Pfr. Dr. Soritua Nababan, Protestantisch-Christliche Batak-Kirche (Indonesien), und Pfrin. Dr. Ofelia Ortega, Presbyterianisch-Reformierte Kirche in Kuba.

9. OeRK-Vollversammlung in Porto Alegre, Brasilien

Zum ersten Mal seit der Gründung des Weltkirchenrates 1948 haben Delegierte aus OeRK-Mitgliedskirchen sich in Lateinamerika versammelt. Die Vollversammlung tagte vom 14.-23. Februar 2006 in der Stadt, die sich schon als Gastgeber des Weltsozialforums einen Namen gemacht hatte. Beteiligt waren 704 Delegierte aus 348 OeRK-Mitgliedskirchen sowie Repräsentanten und Beobachter von anderen Kirchen, Organisationen und Bewegungen. Einschließlich derer, die am Rahmenprogramm mit Workshops, Ausstellungen und Musikveranstaltungen teilnahmen, kamen über 4000 Teilnehmende nach Porto Alegre. Die Gastgeberkirchen in Brasilien und der weiteren Region waren aktiv an der Ausrichtung des Ereignisses beteiligt. Das vielfältige tägliche Gottesdienstleben des Treffens wurde durch Sonntagsgottesdienste in den protestantischen, katholischen und orthodoxen Gemeinden vor Ort ergänzt.

Der Weltkirchenrat hat seine Vollversammlung mit einem Plädoyer für eine weitere Annäherung an Katholiken, Pfingstler und evangelikale Gruppen beendet, die noch nicht zur in Genf ansässigen Gemeinschaft gehörten: Die Frage nach der sichtbaren Ein-

heit der Kirche steht weiter im Herzen des Weltkirchenrates, so das Schlussdokument. Unser letztes Ziel bleibt, dass wir – durch Gottes Gnade – die sichtbare Einheit der Kirche Christi erreichen und so einander am Tisch des Herren willkommen heißen, unser Ämterverständnisse versöhnen und einander verpflichten für die Versöhnung in der Welt einzutreten. Ein sichtbares Zeichen könnte dabei die Feier des Osterfestes an einem gemeinsamen Datum oder die allgemeine gegenseitige Anerkennung der Taufe sein, so die Diskussion auf der Versammlung.

In Lateinamerika leben nach Angaben der Vereinten Nationen 40 % der Menschen in Armut, ein Zustand, den die Versammlung als ungerecht, illegitim und unmoralisch geißelte. Die Rechte des Südens werden dem Weltkirchenrat auch weiter ein großes Anliegen sein, gerade auch in Zeiten zunehmender Globalisierung. Diese habe jedoch nicht nur Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch auf die Aufgabe des Weltkirchenrates, für die christliche Einheit einzutreten.

Die Versammlung unterstrich auch die Bedeutung des interreligiösen Gesprächs, gerade angesichts der aktuellen Debatte um die Karikaturen über den Propheten Mohammed. Diese Realitäten erforderten eine verstärkte Kooperation zwischen Christen und

AUS DEM INHALT

Auf dem Weg zu einer ökumenischen Friedensdenkschrift und einer weltweiten Friedenskonvokation

„Zugang zu Wasser ist menschliches Grundrecht“

Wirtschaftliche Gerechtigkeit – AGAPE

Atomwaffen abschaffen

Lutherischer und Reformierter Weltbund befürworten Vorschlag für gemeinsame Vollversammlungen mit Oekumenischem Rat

Ein Globales Forum der Christenheit im November 2007

Säkulare Unterstützung für christlichen Protest in Indien

Aus Netzen und Bewegungen

„Damit die Welt lebt“ Entwurf zur Verständigung auf ein Selbstverständnis für das „Oekumenische Netz in Deutschland“

Südwest-Netze arbeiten zu Europa im Blick auf Sibiu

Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung: Was tut die Kirche? – Von Basel nach Sibiu

Muslimen. Herausgefordert wurde die Versammlung dabei von der Intervention den anglikanischen Primas Rowan Williams, der auf den Mut und zugleich die Bedrängnis der kleinen christlichen Gemeinschaften zum Beispiel im Nahen Osten oder in Pakistan verwies. Diese lebten nicht in dem Klima des Dialogs, wie er im Westen in komfortablen Konferenzzentren gepflegt werde, sie sähen sich täglich einem mühsamen und oft schmerzvollen Prozess von Vertrauensbildung in einem sehr unsicheren und sehr komplexen Umfeld ausgesetzt.

Scheidender Vorsitzender fordert Erneuerung der Oekumene

„Die oekumenische Bewegung steckt in einer Glaubwürdigkeits- und Bedeutungskrise“, sagte Aram I., der scheidende Vorsitzende des Zentralausschusses in seinem einleitenden Bericht. Die oekumenische Bewegung brauche dringend eine grundlegende Erneuerung und Verwandlung. Er benutzte bewusst den Begriff „Aggiornamento“, das Leitmotiv von Papst Johannes XXIII. bei der Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965). Aram hofft auf eine neue gemeinsame oekumenische Vision und Ziele, die auch mit der römisch-katholischen Kirche und anderen oekumenischen Partnern geteilt werden. In den vergangenen Jahren hätten sich neue Modelle von Oekumene entwickelt: Kooperation mit geldgebenden Organisationen und kirchlichen Hilfswerken, Zusammenarbeit in weltweiten Netzwerken, anwaltschaftliche Arbeit ähnlich den Nichtregierungsorganisationen sowie Partnerschaften und Allianzen anstelle von Mitgliedsorganisationen.

Auf dem Weg zu einer oekumenischen Friedensdenkschrift und einer weltweiten Friedenskonvokation

Aram I. hob in seinem Bericht als Vorsitzender des Zentralausschusses die Gewaltlosigkeit als machtvolle Strategie für ein zukunftsweisendes Miteinander hervor. „Andere haben die Strategie des ‚Krieges gegen den Terror‘. Unsere ist die ‚Überwindung der Gewalt‘. Andere verfolgen das Ziel der ‚Sicherheit‘, selbst mit militärischer Gewalt. Unser Ziel ist Frieden durch Gerechtigkeit und die Förderung gegenseitigen Verstehens und Vertrauens“, sagte er unter anhaltendem Applaus der Delegierten und Gäste in Porto Alegre.

Die OeRK-Dekade zur Überwindung von Gewalt habe höchste Dringlichkeit und solle Arbeitsschwerpunkt des ganzen Weltkirchenrates werden. Dieser christliche Beitrag zur globalen Kampagne gegen die Gewalt müsse allerdings vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen reorganisiert und klarer definiert werden.

In dem Bericht des Ausschusses für Programmrichtlinien wurde festgehalten:

„23. ... Die Kirchen haben einen Beitrag zu leisten zur Stärkung der Kooperationsbereitschaft auf der internationalen Ebene sowie der internationalen Achtung der Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit den Menschenrechten, mit Militarismus und der friedlichen Lösung von Konflikten. Bei dieser Vollversammlung wurde energisch bekräftigt, dass die Kirchen dringend die Zusammenarbeit und den Dialog auf der interreligiösen Ebene suchen müssen ...

25. Der Ausschuss empfiehlt, ... mehr Austausch über erfolgreiche Beispiele zu ermöglichen, ... einen breiten Konsultationsprozess zu initiieren, mit dem Ziel, eine oekumenische Erklärung zum „gerechten Frieden“ zu formulieren; und schließlich, zum Abschluss der Dekade 2010 wesentliche, wirksame Initiativen durchzuführen.“

Mit anderen Worten: Die Dekade soll 2010 mit einer weltweiten oekumenischen Friedenskonvokation abgeschlossen werden. Bis dahin soll eine oekumenische Friedensdenkschrift erarbeitet werden.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Aus dem Bericht des Ausschusses für Programmrichtlinien Dokument Nr. PGC 01)

Dekade zur Überwindung von Gewalt – Neuverpflichtung

„Gemeinsam mit der ganzen oekumenischen Bewegung verpflichten wir uns aufs Neue, für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu arbeiten und Gewalt zu überwinden, der wir in unserem Leben begegnen“, erklärten die Delegierten.

Die hannoversche Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann als Leiterin der EKD-Delegation war eine der Teilnehmenden, die die Ziele für die weitere Arbeit verlasen. In der Neuverpflichtung heißt es: „Die Ziele, Gewalt zu überwinden und eine Friedenskultur aufzubauen, bedeuten geistliche, theologische und praktische Herausforderungen für unsere Kirchen, die uns in unserem Wesenskern als Kirche berühren. Die Diskussion über das gesamte Spektrum von Geist und Logik der Gewalt hat begonnen, aber der eingeschlagene Kurs erfordert Hartnäckigkeit und Ausdauer.“

„Der interreligiöse Dialog über die verdeckten Verbindungen zwischen Religion und Gewalt ist zu einem der Schwerpunkte der Dekade geworden. Dies gilt insbesondere für den Dialog zwischen Christen und Muslimen.“

„Die Sorge um Sicherheit ist zum beherrschenden Motiv für individuelle wie auch für gesellschaftliche und politische Entscheidungen geworden. „Menschliche Sicherheit“ setzt gerechte Beziehungen in einer Gemeinschaft voraus. Wir müssen feststellen, dass Sicherheit zunehmend durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung bedroht wird. Daher sind die Bemühungen um

eine „alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“ als entscheidender Beitrag zur Fortführung der Dekade anzusehen.“

„Die Achtung der Menschenwürde, die Sorge um das Wohl des Nächsten und die aktive Förderung des Gemeinwohls sind Gebote des Evangeliums Jesu Christi. Mann und Frau sind beide nach dem Bild Gottes geschaffen und gerecht durch seine Gnade. Daher sind Menschenrechte die grundlegenden Elemente der Prävention von Gewalt auf allen Ebenen – ... Wir müssen das Verständnis der „wiederherstellenden“ oder „transformativen“ Gerechtigkeit weiter fördern mit dem Ziel, funktionierende gerechte Beziehungen in den Gemeinschaften aufzubauen.“

„Ein Verzicht auf jegliche theologische und ethische Rechtfertigung von Gewalt setzt eine Geisteshaltung voraus, die ihre Stärke aus der Spiritualität und aus einer Nachfolge der aktiven Gewaltlosigkeit bezieht.“

„Die Praxis der Gewaltlosigkeit muss in einer Spiritualität verwurzelt sein, die sich der eigenen Verwundbarkeit bewusst ist; die die Machtlosen ermutigt und ermächtigt, sich denen, die ihre Macht missbrauchen, zu widersetzen; und die auf die aktive Gegenwart der Macht Gottes in menschlichen Konflikten vertraut und daher den scheinbaren Mangel an Alternativen in Situationen der Gewalt überwindet.“

„Wir werden gemeinsame Projekte unterstützen und koordinieren, Projekte, die den Aufbau von Strukturen, Instrumenten und Gemeinschaften des gewaltfreien zivilen Konfliktmanagements zum Ziel haben.“ „Unser Ziel bleibt es, das Streben nach Versöhnung und Frieden ‚vom Rand in das Zentrum des Lebens und des Zeugnisses der Kirchen‘ zu rücken. Frieden zu schaffen ohne Gewalt, ist eine christliche Kerntugend und ein Gebot der Botschaft des Evangeliums ...“

„Die oekumenische Gemeinschaft der Kirchen ist ein kraftvoller Ausdruck der Überzeugung, dass die Gemeinschaft aller Heiligen, die ein Geschenk Gottes und in Gottes dreieinigem Leben verwurzelt ist, die stets zu Teufelskreisen der Gewalt führende Kultur der Feindschaft und Ausgrenzung überwinden kann.“

Tutu: Gott braucht uns als Friedensstifter

Eine Friedensdemonstration wurde im Rahmen der OeRK-Dekade zur „Überwindung von Gewalt“ angeführt von den Friedensnobelpreisträgern Desmond Tutu, anglikanischer Erzbischof von Südafrika, und Adolfo Esquivel, Menschenrechtler aus Argentinien. Weit mehr als tausend Vollversammlungsteilnehmer und brasilianische Unterstützer beteiligten sich. Bei dem Kerzenlicht-Marsch im Zentrum von Porto Alegre wurde der Dekade-Jahresschwerpunkt Lateinamerika gestartet.



Photo: © WCC/Paulino Menezes

Die Nobelpreisträger Adolfo Esquivel und Desmond Tutu beim Friedensmarsch während der OeRK-Vollversammlung

OeRK-Präsidentin Bernice Powell-Jackson ermahnte die Teilnehmenden, sich für den Einsatz zur Überwindung von Gewalt zu verpflichten. Prawate Khidarn von der Konferenz christlicher Kirchen in Asien (CCA) sagte zu ihnen: „Wenn wir nicht den Frieden riskieren, riskieren wir Krieg.“ Israel Batista vom Rat der Lateinamerikanischen Kirchen (CLAI) sprach von Armut, Ungerechtigkeit und dem Missbrauch von Frauen und Kindern und fragte: „Wie können wir da über Frieden sprechen?“ Er sagte aber auch: „Trotz all dieser Gewalt werden wir das Ringen um Frieden fortsetzen.“

Ihren Höhepunkt erreichte die Veranstaltung, als Desmond Tutu zum Abschluss das Wort ergriff. „Wir haben einen ganz außerordentlichen Gott“, begann er seine leidenschaftliche Ansprache. „Gott ist ein mächtiger Gott, doch Gott braucht deine Hilfe. Wenn jemand hungert, kommt das Brot nicht vom Himmel. Wenn Gott die Hungernden sättigen will, müssen du und ich die Hungernden sättigen. Und nun will Gott Frieden in dieser Welt.“ Der Erzbischof beendete seine Rede mit den Worten: „So brecht nun alle auf und vertrittet unseren Herrn und Retter Jesus Christus.“ Während der Zug sich allmählich in alle Richtungen auflöste, sang der Chor der 9. OeRK-Vollversammlung „We are marching in the light of God“.

Wirtschaftliche Gerechtigkeit – AGAPE

In der mit Spannung erwarteten Plenarsitzung zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit erklärte der als Moderator fungierende Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof W. Huber, die Globalisierung habe viele Gesichter, positive wie negative. Er warnte davor, die Diskussion über Fragen der Globalisierung allein auf wirtschaftliche Aspekte zu beschränken: „Wir dürfen uns als Christen und als Vertreter der Kirchen nicht der Ökonomisierung des Denkens ausliefern, die sich um uns her ausbreitet.“ Wirtschaftliche Gerechtigkeit sei nur dann möglich, wenn die Zivilgesellschaft ihre eigenständige Bedeutung behalte und neue Kraft entwickle. Der Staat müsse geeignete politische Rahmenbedingungen schaffen, um sozialen Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen.

Seit der letzten OeRK-Vollversammlung 1998 in Harare (Simbabwe) habe die oekumenische Bewegung intensiv über den Prozess der Globalisierung diskutiert. „Jetzt warten viele darauf, dass wir über die Proklamationen hinausgehen und alternative Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.“ Die Leitfrage dabei müsse sein, wie die biblische Option für die Armen und wirtschaftlicher Sachverstand sinnvoll aufeinander bezogen werden könnten. Vor allem junge Menschen drängten auf die Entwicklung solcher alternativen Handlungsmöglichkeiten. „Auch Christen, die selbst wirtschaftliche Verantwortung tragen oder in internationalen Institutionen arbeiten, hoffen in dieser Hinsicht auf die Stimme ihrer Kirchen. Denn sie wollen sich beteiligen an einer Globalisierung der Gerechtigkeit und der Solidarität.“

In der Plenarsitzung wurde der sogenannte AGAPE-Aufruf („Für eine alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“) öffentlich verlesen. Auch weil kaum Zeit blieb für eine Diskussion über das grundlegende AGAPE-Studiendokument, empfahl der Ausschuss für Programmrichtlinien, „in den kommenden Jahren den AGAPE-Prozess weiterzuführen und ihn auf eine umfassenderen, fortlaufenden Dialog zwischen Religion und Politik, theologische Reflexionsarbeit, eine grundlegende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Analyse sowie den Austausch über praktische positive Ansätze der Kirchen auszuweiten.“

OeRK IX. VV Porto Alegre

(Aus dem Bericht des Ausschusses für Programmrichtlinien, Dokument Nr. PGC 01)

Überwindung von Armut und Ungerechtigkeit in Lateinamerika

Die Vollversammlung widmete eine Plenarsitzung dem gastgebenden Kontinent Lateinamerika. Sie stellte fest, dass die ungerechte Verteilung des Reichtums, der natürlichen Ressourcen und der Chancen zu drastischer Armut in der Region geführt hat. Sie rief die lateinamerikanischen Regierungen dazu auf, „ihre Arbeit an einer wirksameren Integration der Region zu verstärken, um die Herausforderungen der Gegenwart anzunehmen; effektive Strategien zur Überwindung von Armut, Ungerechtigkeit und Raubbau an der Umwelt zu entwickeln; die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung und Förderung der Menschenrechte und Menschenwürde zu unterstützen und weiter nach Wegen zur Stärkung der Demokratie in ihren Ländern zu suchen ...“

Sie rief die internationale Gemeinschaft, die Staaten und die Internationalen Finanzinstitutionen mit Nachdruck dazu auf, „die Unrechtmäßigkeit der Auslandsschulden, die eine Belastung für die Region darstellen, anzuerkennen und die Logik der Freihandelsabkommen zu korrigieren, um wirksam auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und auf die

Sorgen einzugehen, die kürzlich von den Kirchen in der Region im Blick auf die Folgen für Bauern und Arbeiter, für die Rechte von Gemeinschaften, für Umwelt und Bürgerbeteiligung geäußert wurden.“

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument Nr. PIC 02-1)

„Zugang zu Wasser ist menschliches Grundrecht“

In einer Erklärung rief der OeRK seine Mitgliedskirchen und oekumenischen Partner auf, sich für den Schutz weltweiter Wasserressourcen einzusetzen. Es gelte, rechtliche Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, die das Recht auf Wasser als grundlegendes Menschenrecht auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene garantierten. Der OeRK sprach sich für eine Stärkung des Oekumenischen Wassernetzwerkes aus (Ecumenical Water Network) und für Initiativen, die die lokale Bevölkerung befähigen, verantwortlich mit vorhandenen Wasservorräten umzugehen. Regierungen und internationale Hilfsorganisationen sollten sich vorrangig um Programme bemühen, die den Zugang zu Wasser und die Entwicklung angemessener Sanitärsysteme ermöglichen. Die Kirchen und ihre oekumenischen Partner werden gebeten, Konflikte und Vereinbarungen mit Bezug zu Wasservorräten zu beobachten.

Gegen Aushöhlung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terror

Der OeRK hat vor der Aushöhlung fundamentaler internationaler Gesetze und Menschenrechtsstandards im Rahmen der Terrorbekämpfung gewarnt. „In jüngster Zeit haben Terrorakte und manche Aspekte des sogenannten Krieges gegen den Terror neue Dimensionen der Gewalt hervorgerufen“, heißt es in der Erklärung zu „Terrorismus, Terrorbekämpfung und Menschenrechte“.

Die Kirchendelegierten erklärten, „dass Terror, als wahllose politisch oder religiös begründete Gewalttaten gegen unbewaffnete Zivilisten, niemals rechtlich, theologisch oder ethisch rechtfertigt werden kann.“ Nationale und internationale Instrumente der Rechtsprechung sollten gestärkt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte in der Abwehr des Terrorismus zusammen arbeiten, insbesondere durch Stärkung des Internationalen Gerichtshofes.

Uganda: Kinder in Konzentrationslagern

In einem bewegenden Appell rief der frühere Außenminister von Uganda, Olara A. Otunnu, die Kirchen auf, Stellung zum Völkermord in Nord-Uganda zu beziehen. „Die Frauen und Kinder in Nord-Uganda

haben mich gebeten, ihren Hilferuf an die Kirchen auszurichten.“ Die Bevölkerung Nord-Ugandas sei gefangen zwischen den Rebellen der Lord's Resistance Army (LRA) und den Gräueltaten der ugandischen Regierung. Eine Studie einer christlichen Hilfsorganisation berichte, dass jede Woche rund 1000 Kinder in den Konzentrationslagern der Regierung ums Leben kämen, so Otunnu, der bis vor kurzem UN-Beauftragter für Kinder in bewaffneten Konflikten war. Es handele sich um den umfassendsten Völkermord, den er sich vorstellen könne, sagte Otunnu. „Wir brauchen die Stimme der weltweiten Kirchen.“

Indigene Völker und Sprachenvielfalt

Der Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten nahm einen Vorschlag für einen Protokollpunkt zu indigenen Völkern und Sprachverlust entgegen. Auf seiner Tagung im Februar 2005 in Genf hatte der Zentralausschuss des OeRK eine Erklärung zu den Menschenrechten und Sprachen indigener Völker abgegeben. Er rief die Mitgliedskirchen dazu auf, an ihre Regierungen zu appellieren, alle Gesetze abzuschaffen, die indigene Sprachen diskriminieren, und dafür zu sorgen, dass der Druck auf indigene Sprachen im Bildungs- und Gesellschaftssystem abgebaut wird, sowie sich aktiv um die Einhaltung internationaler Übereinkommen und Verträge über das Grundrecht aller Menschen auf die Anwendung ihrer ererbten Sprache zu bemühen. Der Zentralausschuss erinnert die Kirchen und die Christliche Gemeinschaft daran, dass die Vielfalt der gesprochenen Sprachen als Zeichen der Fülle des Geistes Gottes in der Apostelgeschichte (Kap. 2) und als integraler Teil der Vision von der Anbetung vor dem Thron Gottes in der Offenbarung (7,9) erwähnt wird.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten, Dokument Nr. PIC 02)

Atomwaffen abschaffen

Die OeRK-Vollversammlung erinnerte an ihre Position, dass die fünf Atommächte China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA sich verpflichten müssen, ihre Nuklearwaffen niemals als erste einzusetzen, ihren Gebrauch nicht anzudrohen und die Waffen von den Territorien von Nicht-Atommächten zu entfernen. Wenn immer mehr Staaten versuchten, Nuklearwaffen zu erlangen, wachse die Gefahr, dass solche Waffen in die Hände von Terroristen fallen.

„Seit seiner Entstehung als Gemeinschaft christlicher Kirchen hat der OeRK Atomwaffen verurteilt. Sie führen „in einem modernen Krieg zu unterschiedsloser Zerstörung in einem Umfang, wie ihn die Welt bei früheren Kriegen nicht gekannt hat“, und sie sind „Sünde wider Gott“ (1. Vollversammlung, 1948). Der OeRK erkannte früh, dass der

einzig sichere Schutz gegen Atomwaffen Verbot, Abschaffung und Kontrolle sind (2. Vollversammlung, 1954) und rief unter anderem dazu auf, die Bevölkerung sollte bei ihren Regierungen darauf drängen, „dass die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird“ (5. Vollversammlung, 1975).“

„Der OeRK ruft die drei Staaten, die den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet haben (Indien, Israel, Pakistan), bzw. den einen Staat, der von dem Vertrag zurückgetreten ist (Nordkorea), und den Staat, der mit einem Rücktritt droht (Iran), grundsätzlich auf, dem Vertrag als Nichtatomstaaten beizutreten, um einen vollständig überprüfbaren Wiedereintritt zu vollziehen und nicht zurückzutreten.“

Die Vollversammlung ruft alle Mitgliedskirchen auf, „ihre Regierungen aufzufordern, die unmissverständliche Abschaffung von Atomwaffen gemäß den Bestimmungen des NVV zu verfolgen.“

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument Nr. PIC 02-6)

Schuldbekennnis von US-Kirchen: Mitverantwortung für Irak-Krieg

Die Konferenz US-amerikanischer Kirchen im OeRK hat in einem Offenen Brief an die 9. OeRK-Vollversammlung mit Bezug auf den Irak-Krieg eine Schulderklärung vorgelegt.

„Wir bekennen, dass wir unsere Stimme nicht laut und ausdauernd genug erhoben haben, um unsere Führer von diesem Weg des Präventiv-Krieges abzuhalten“, heißt es in der in Porto Alegre verlesenen Erklärung von 34 in der Konferenz zusammen geschlossenen Kirchen.

„Die Vollversammlung des OeRK ist eine einzigartige Gelegenheit, sich in dieser Weise zu äußern“, sagte Pastor John Thomas, der Präsident der United Church of Christ vor Journalisten.

Die USA habe in den Jahren seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 die „Familie der Menschheit gefährdet und die Schöpfung missbraucht“, schreiben die Vertreter der Konferenz. „Wir beklagen mit besonderem Schmerz den Krieg im Irak“, der auf der Basis von Täuschungen ausgelöst worden sei und universelle Normen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte verletzt habe. „Wir gestehen mit Scham den Missbrauch ein, der in unserem Namen verübt wurde.“

In dem Brief danken die Vertreter der Konferenz den Delegierten der OeRK-Vollversammlung für Zeichen der Solidarität nach den Anschlägen vom 11. September 2001. „Eure seelsorgerlichen Worte, eure Gaben und eure Gebete haben uns unterstützt und uns daran erinnert, dass wir nicht allein sind.“ Aber die Vereinigten Staaten hätten darauf geantwortet, indem sie „Terror auf die wahrhaft Verwundbaren unter unse-

ren globalen Nachbarn herabsandten“. In dem Brief beziehen sich die Kirchenvertreter auch auf die Themen des Klimawandels und der weltweit zunehmenden Armut. Die Umweltverschmutzung werde fortgesetzt, die globale Erwärmung nicht gestoppt.

„Es gibt eine Spaltung innerhalb unserer Kirchen“, sagte Leonid Kishkovsky, Mitglied der Orthodox Church in America und Moderator der US-Conference gegenüber Journalisten in Porto Alegre. „Wir können nicht autoritativ für irgendeine Kirche sprechen. Aber wir sind verantwortliche Leiter, wir sind von unseren Kirchen gewählt, und wir fühlen uns gedrängt hier klar zu sprechen.“ Kishkovsky sagte, dass „rings um den Erdball die christlichen Stimmen wahrgenommen werden, die Präsident Bush und den Krieg unterstützen. Wir möchten die Welt wissen lassen, dass hier eine ernsthafte moralische Auseinandersetzung stattfindet und in Wahrheit eine Mehrheit der US-Amerikaner den Krieg nicht unterstützt.“

„Wenn wir befreundete Kirchen irgendwo in der Welt besuchen, merken wir zunehmend, dass wir als gefährliche Nation betrachtet werden“, sagte Pfr. John Thomas, Präsident der United Church of Christ. „Das ist nicht allein verursacht durch die kriegerische Gewalt, sondern auch durch die unkontrollierte Zerstörung der Umwelt und unseren Reichtum angesichts der weltweit zunehmenden Armut.“ Die Präsidentin der Christian Church (Disciples of Christ), Sharon Watkins, fügte hinzu: „Wir sind täglich Nutznießer der politischen Strategien unserer Regierung. Als Nutznießer müssen wir Schuld bekennen.“

Erklärung zur Schutzpflicht

Im Januar 2001 hatte der Zentralausschuss des OeRK das Dokument „Der Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen in Situationen bewaffneter Gewalt: Ein oekumenischer ethischer Ansatz“ entgegen genommen. Darin wurden die Kirchen aufgerufen, sich weiter mit der Thematik auseinanderzusetzen. Innerhalb des OeRK begann die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) einen Studien- und Beratungsprozess. In deren zwischenzeitlich erarbeiteten Stellungnahme für die Vollversammlung in Porto Alegre heißt es:

„Die Kirchen unterstützen die in der Entstehung begriffene internationale Norm der Schutzpflicht, wonach den Regierungen eindeutig die vorrangige und souveräne Pflicht zugewiesen ist, die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Die Souveränität eines Staates ist also in gewissem Maße durch dessen Fähigkeit bedingt, die Schutzpflicht wahrzunehmen und für das Wohl seiner Bevölkerung zu sorgen. Wenn diese Pflicht gravierend verletzt wird, sei es durch Untätigkeit, fehlende Kapazitäten oder direkte Übergriffe auf die Bevölkerung, hat die internationale Gemeinschaft die Pflicht, Völkern und Staaten zu Hilfe zu

kommen und in Extremfällen im Interesse und zur Sicherheit der Bevölkerung jenseits der Souveränität in die inneren Angelegenheiten des Staates einzugreifen.“

„Studien des OeRK haben gezeigt, dass die Kirchen ... sich darüber einig sind, dass Prävention zur Verhinderung und, wenn möglich, Beilegung von Krisen, bevor diese besorgniserregende Ausmaße annehmen, die wesentliche und primäre Rolle spielt. Schutz wird erforderlich, wenn Prävention misslingt. Daher betonen die Kirchen die Notwendigkeit, alle Kräfte auf die Prävention zu konzentrieren.“

Oekumenische Meinungsbildung zum Problem der Gewaltanwendung zu humanitären Zwecken

„Die Notwendigkeit, Gewalt anzuwenden, erwächst zunächst aus dem Misslingen, Entwicklungen ein Ende zu setzen, die mit angemessenem Weitblick und entsprechenden Maßnahmen hätten verhindert werden können. Ist es zu einem solchen Fehlschlag gekommen und hat die Welt diesen Fehlschlag auch eingeräumt, muss sie tun, was in ihren Kräften steht, um die Belastungen und Gefahren zu begrenzen, denen Menschen ausgesetzt sind. Solche Gewalt kann nur legitimiert werden, wenn sie die Anwendung von Waffengewalt zugunsten gewaltloser Mittel beendet, unter striktester Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Sie muss völkerrechtlich kontrolliert sein und ihre Anwendung kann nur von Akteuren in Erwägung gezogen werden, die selbst das Völkerrecht strikt achten. Dies ist eine zwingende Vorbedingung (sine qua non).“

„Dabei ist festzuhalten, dass innerhalb der Kirchen auch Gruppierungen bestehen, die Gewalt kategorisch ablehnen.“

Grenzen der Gewaltanwendung

„Gewaltanwendung zu humanitären Zwecken kann nie bedeuten, soziale und politische Probleme auf militärischem Wege zu lösen oder mit militärischen Mitteln neue gesellschaftliche und politische Fakten zu schaffen. Vielmehr zielt sie darauf ab, akute Bedrohungen einzudämmen und unmittelbares Leid zu lindern, während für langfristige Lösungen andere Mittel erforderlich sind. Gewaltanwendung zu humanitären Zwecken muss also in ein breites Spektrum wirtschaftlicher, sozialer, politischer und diplomatischer Anstrengungen eingebettet sein, die die direkten wie langfristigen Ursachen der Krise in den Blick nehmen. Auf lange Sicht sollten für diese Aufgaben internationale Polizeikräfte ausgebildet werden, die an das Völkerrecht gebunden sind.“

„Es muss zudem differenziert werden zwischen zu humanitären Zwecken eingesetzter Gewalt und militärischen Methoden und Zielen der Kriegsführung. Eine militärische Intervention zu humanitären Zwecken ist nicht ein Krieg mit dem Ziel, einen Staat zu

besiegen, sondern ein Einsatz zum Schutz gefährdeter Menschen vor Schikane, Verfolgung und Mord. Sie steht einer das Recht achtenden Polizeitätigkeit – wenn auch vielleicht nicht in der Intensität des erforderlichen Gewalteinsetzes – näher, da die Streitkräfte nicht eingesetzt werden, um eine Auseinandersetzung zu „gewinnen“ oder ein Regime zu besiegen.“

„Die Vollversammlung „beklagt gemeinsam mit anderen Christen weltweit unser kollektives Unvermögen, gerecht zu leben, für Gerechtigkeit einzustehen und uns dem Unrecht zu verweigern. Eine solche Haltung in der Welt ist nur dort möglich, wo die Herrschaft Christi mehr wiegt als jede andere Loyalität und wo die Kirche offen ist für die geheimnisvolle Stärkung durch den Heiligen Geist. Die kritische Solidarität mit den Opfern von Gewalt und das Eintreten gegen alle Mächte der Unterdrückung müssen auch unsere theologischen Mühen um eine solche neue Ekklesiologie prägen“.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument PIC Nr 02)

Einheit der Kirchen

Zu ihrem Kernanliegen, der christlichen Einheit, nahm die Vollversammlung den neuen Text „Berufen, die eine Kirche zu sein“ an. OeRK und Mitgliedskirchen sind dringend dazu aufgerufen, den Fragen nach Einheit, Katholizität, Taufe und Gebet hohe Priorität zu geben. Die Mitgliedskirchen werden eingeladen, ihre Verpflichtung zur Suche nach Einheit zu erneuern und ihren Dialog zu vertiefen. Sie werden aufgefordert, bis zur nächsten Vollversammlung zu zehn Fragen am Schluss des Textes Stellung zu nehmen, die auf pointierte Weise die wiederkehrenden Themen wie Abendmahl, Formen der Spiritualität und Solidarität unter den Kirchen aufnehmen, die auf der ständigen Tagesordnung der Kirchen stehen sollten.

Die Mitgliedskirchen und die oekumenischen Partner wurden aufgerufen, den OeRK in seiner Rolle als Impulsgeber im Neugestaltungsprozess der weltweiten Oekumene zu unterstützen. Die Vollversammlung bekräftigte die zentrale Bedeutung des Dokumentes „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Vision des Oekumenischen Rates der Kirchen“, das die Beziehungen der Mitgliedskirchen des OeRK zueinander und zu anderen oekumenischen Partnern in grundlegender Weise formuliert.

Die Delegierten riefen zu neuen Anstrengungen auf, um die kirchliche Einheit sichtbar zu machen, die es der oekumenischen Bewegung ermöglichen soll, der Welt eine „einheitliche, gnadenreiche geistliche Botschaft des christlichen Glaubens“ zu vermitteln.

Die Vollversammlung zeigt in ihren Programmrichtlinien Wege zur verstärkten Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche, die kein Mitglied des OeRK ist, und mit den Pfingstkirchen auf. Die Delegierten

stimmten darin überein, dass Wege der Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Gruppen entwickelt werden sollen, die zu einer „verbesserten Zusammenarbeit und Einheitlichkeit der Botschaft“ aller oekumenischen Kräfte führt.

Die Vollversammlung unterstützte den Vorschlag des Generalsekretärs, nach Strukturen für OeRK-Vollversammlungen zu suchen, die in den kommenden Jahren zu einer Verbindung mit den weltweiten Treffen anderer kirchlicher Organisationen und Verbände führen könnten.

Wenn es gelänge, innerhalb der nächsten zehn Jahre eine gemeinsame, weltweite christliche Versammlung zu organisieren, wäre das ein „revolutionärer Schritt“, so der OeRK-Generalsekretär, Pfarrer Samuel Kobia, zum Ende der Vollversammlung.

Situation von christlichen Minderheiten beobachten

Eine der problematischsten Folgen der jüngsten internationalen Entwicklungen sei, dass zum Beispiel Christen im Nahen Osten oder in Pakistan mit einer als feindlich wahrgenommenen ausländischen Politik in Verbindung gebracht werden, sagte das Oberhaupt der Anglikanischen Gemeinschaft bei seinem Besuch der Vollversammlung. „Die hierdurch bedingten Leiden christlicher Minderheiten sollten von all unseren Kirchen und der gesamten Vollversammlung beständig im Auge behalten werden.“

Christen sollten anderen Religionen mit Selbstvertrauen und Zuversicht begegnen, sagte Erzbischof Rowan Williams in seinem Vortrag zum Thema „Christliche Identität und religiöser Pluralismus“. Er ermutigte die Zuhörer zu einem neuen Blick auf die eigene Identität. „Vergessen wir für einen Moment das ‚Christentum‘ als ein Ideensystem, das mit anderen auf dem Markt konkurriert. Konzentrieren wir uns stattdessen auf den Ort, den Jesus, der Gesalbte, in der Welt einnimmt, und darauf, was an diesem Ort möglich wird.“ Der christliche Glaube erhebe nicht in erster Linie den Anspruch, im Gegensatz zu allen Konkurrenten das allein gültige Gedankensystem anzubieten: „Sein Anspruch ist vielmehr, dass es möglich ist, so nahe bei Gott zu leben, dass keine Angst oder kein Misserfolg je Gottes Zusage an uns aufheben kann.“

Lutherischer und Reformierter Weltbund befürwortet gemeinsame Vollversammlungen mit Oekumenischem Rat

OeRK-Generalsekretär Samuel Kobia schlug in seinem Bericht vor der Vollversammlung in Porto Alegre vor, die weltweiten konfessionellen Bünde sollten ihre Vollversammlungen zeit- und ortsgleich mit der Vollversamm-

lung des OeRK „als gemeinsame Veranstaltung“ abhalten. Auch weitere christliche Gremien sollten dazu eingeladen werden.

„Ich bin begeistert von dem Vorschlag des OeRK-Generalsekretärs, dass wir für eine gemeinsame globale Vollversammlung planen sollten“, sagte Pfr. Clifton Kirkpatrick, Präsident des Reformierten Weltbundes. „Das ist ein wichtiger Schritt vorwärts für die oekumenische Bewegung und für jene christlichen Weltbünde, die sich darin uns anschließen möchten.“

Der Vorschlag wurde ebenso begrüßt von Bischof Mark Hanson, Präsident des Lutherischen Weltbundes. Er erklärte, der Vorschlag von Kobia „verbreitert den Horizont der oekumenischen Bewegung und ebnet einen Weg für die christlichen Weltbünde, einen Beitrag für die umfassenderen oekumenischen Zielsetzungen zu leisten.“

2005 kam es zu einem Briefwechsel zwischen den Lutheranern und den Reformierten über die Frage einer jeweils zeit- und ortsgleich abzuhaltenden Vollversammlung. Doch das Vorhaben drohte Ende vergangenen Jahres unterzugehen, als der LWB für sich beschloss, seine nächste Vollversammlung in Stuttgart 2010 abzuhalten. Damals äußerte LWB-Generalsekretär Pfr. Ishmael Noko Vorbehalte gegenüber einer gemeinsamen Vollversammlung, die nicht den OeRK mit einschloss, weil es „sonst zu Missverständnissen kommen könnte“.

Der Reformierte Weltbund war nach Worten von Kirkpatrick damals ‚enttäuscht‘ darüber, dass die Lutheraner ihre Entscheidung ohne weitere gemeinsame Absprache trafen. Der Exekutivausschuss der Reformierten hatte daraufhin im vergangenen Oktober die Entscheidung über die eigene nächste Vollversammlung auf 2007 verschoben in der Hoffnung, dass „neue oekumenische Kooperationsmöglichkeiten sichtbar werden“ könnten.

Die Delegierten machten sich am letzten Tag ihrer Vollversammlung das Ziel zu eigen, Vorbereitungen für eine gemeinsame Vollversammlung des OeRK und der konfessionellen Weltbünde wie Lutherischem Weltbund (LWB) und Reformiertem Weltbund zu beginnen. Durch die Annahme des Berichtes des Weisungsausschusses für Grundsatzfragen beauftragte die Vollversammlung den neuen Zentralausschuss mit Weichenstellungen auf die aktuellen Entwicklungen in der Oekumene einzugehen.

Finanzplan muss 30-Prozent-Rückgang berücksichtigen

Mit stärkerer Konzentration in der Programmarbeit und der Fortführung jährlicher Qualitätskontrollen reagiert der OeRK auf sinkende Einnahmen. Die Vollversammlung beschloss einen Sparkurs, der den Rückgang der Einnahmen um 30 % seit 1999 ausgleichen soll. Der Finanzausschuss schloss sich den Empfehlungen des bisherigen Zentral-

ausschusses an, „dass der OeRK weniger tun sollte, was er tut jedoch gut machen sollte.“ Der Finanzausschuss regte eine Leitungsgruppe des OeRK-Stabes an, die unmittelbar nach der Vollversammlung einen Aktionsplan für die weitere Arbeit erstellen soll. In diesem Plan sollten die Programmprioritäten sowie die dazu benötigte Zahl der Mitarbeiter festgelegt werden.

Für das Jahr 2006 wird der Haushalt des OeRK 41 Millionen Schweizer Franken (umgerechnet rund 26 Millionen Euro) betragen. Die Einnahmen aus dem Mitgliedskirchen seien stabil geblieben, erklärte der Finanzausschuss. Der stärkste Rückgang wurde bei den Mitteln verzeichnet, die über den OeRK an oekumenische Partner weitergeleitet werden. In einem Rahmenhaushalt für das Jahr 2007 werden die verfügbaren Einnahmen auf 39 Millionen Schweizer Franken geschätzt.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument-Nr. PB-8)

Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche

Die Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche sind freundlich, stagnieren jedoch auf einem noch unverbindlichen Niveau. Erwähnenswert jedoch ist die gemeinsame Verantwortung für die Vorbereitung der Gebetswoche für die Einheit der Christen, die Vollmitgliedschaft in den Kommissionen für Glauben und Kirchenverfassung und für Mission und Evangelisation und die Abstellung von Mitarbeitern/innen in den Missionsbereich und an das Oekumenische Institut Bossey. Die römisch-katholische Kirche lehnt eine Mitgliedschaft im OeRK ab. Doch gibt es eine gute Zusammenarbeit in einigen Bereichen. So wurde die Gemeinsame Arbeitsgruppe der römisch-katholischen Kirche und des OeRK gebeten, in Zusammenarbeit mit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung konkrete Schritte hin zu einem gemeinsamen Termin des Osterfestes, zur wechselseitigen Anerkennung der Taufe und zur Fortsetzung der theologischen Arbeit an den noch bestehenden Differenzen zu unternehmen.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument Nr. PB-15)

Die wechselseitige Anerkennung der Taufe und ein gemeinsamer Termin der christlichen Kirchen für das Osterfest gehören nach Meinung des Kurienkardinals Walter Kaspar, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, zu den wichtigsten Themen der oekumenischen Bewegung. „Es wäre ein gewaltiger Schritt nach vorne, wenn wir bei diesen Themen voran kämen.“

Ein weiteres gemeinsames Anliegen von römisch-katholischer Kirche und OeRK sei die Auseinandersetzung mit den säkularen Gesellschaften des Westens. So dürfe die Europäische Union nicht nur wirtschaftlich betrachtet werden. „Die EU muss eine Union der Herzen werden.“

Kaspar räumte ein, dass die römisch-katholische Kirche bilaterale Dialoge gegenüber multilateralen bevorzuge. „Bilaterale Dialoge sind einfacher, weil dabei der Gesprächspartner konkret ist mit all seinen Anliegen.“ Zugleich würdigte er die enormen Fortschritte im Umgang miteinander: „Wenn ich an meine Kindheit und Jugend zurück denke – damals hätte ich keinen Fuß in eine protestantische Kirche gesetzt. Aber sehen Sie sich an, was wir heute alles zusammen feiern können.“ Die Beerdigung von Papst Johannes Paul II. sei das Zeichen dieser neuen Stufe gegenseitiger Würdigung gewesen. „Zum ersten Mal in der Geschichte kamen alle Kirchen zusammen und haben ihre Wertschätzung für den verstorbenen Papst gezeigt.“

Ein Globales Forum der Christenheit im November 2007

Der OeRK als weltweit größte oekumenische Plattform plant die Schaffung eines Ortes der Begegnung und Aussprache auch für die christlichen Traditionen, die nicht im OeRK selbst vertreten sind, v. a. römisch-katholische Kirche, Evangelikale und Pfingstgemeinschaften. Eingeladen wird zu einem globalen Forum der Christenheit. Vorbereitet werden soll es durch zwei Konsultationen: eine in Europa Juni 2006 und eine in Lateinamerika im November 2006. Das Globale Forum selbst soll dann im November 2007 stattfinden. Es soll ein „Hoffnung schaffendes“ Ereignis für Christen, Kirchen und die Welt sein. Auf dem Weg dahin gibt es nicht wenige Schwierigkeiten. Bislang lehnten mehrere bedeutende pfingstlerische Organisationen und Kirchen eine Einladung zur Teilnahme am Forum ab, so etwa die World Pentecostal Fellowship, die World Assemblies of God oder die Assemblies of God (USA). Die Internationale Evangelische Allianz nahm informell am Forum teil. Es war nicht immer möglich, eine offizielle Vertretung der evangelikalen und pfingstlerischen Kirchen und Organisationen zu erwarten bzw. zu erhalten. Nicht zuletzt ist das Globale Christliche Forum unter den Kirchen noch wenig bekannt.

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument Nr. PB-15)

Dialog mit Menschen anderen Glaubens

„Die eigentlichen Spannungen in unserer Welt bestehen nicht zwischen verschiedenen Religionen und Glaubensrichtungen, sondern zwischen aggressiven intoleranten und manipulativen weltlichen und religiösen Ideologien. Solche Ideologien dienen dazu, Gewaltanwendung, den Ausschluss von Minderheiten und politische Vorherrschaft zu legitimieren. Hauptopfer dieser Art von Kontroversen sind religiöse Minderheiten, die im Kontext einer anderen Mehrheitskultur le-

ben. Doch erleben wir gleichzeitig eine Zunahme von Respekt und Toleranz in allen Kulturen.“ Die Vollversammlung empfiehlt den nationalen und regionalen Kirchenräten, „zur Einrichtung von Foren für einen Dialog mit Menschen anderen Glaubens oder ohne Glauben“.

Friedensnobelpreisträger Tutu ermutigte die Delegierten in einer Plenarsitzung zur „Einheit der Kirchen“: „Wir haben das Augenmerk der Welt darauf gelenkt, dass Krieg und Armut unhaltbare Gräueltaten sind.“ Der OeRK sei eines der wichtigsten Foren für interreligiösen Dialog. „Aber wir versuchen nach wie vor, Gott Grenzen zu setzen“, gab Tutu zu bedenken. „Wir nehmen die Tatsache nicht ernst, dass Gott der Gott aller Menschen ist.“ Gott umfasse mit seiner Liebe alle Menschen, sogar George Bush, Osama bin Laden und Saddam Hussein.

Für eine Reform der Vereinten Nationen

Aus einer von der Vollversammlung verabschiedeten Erklärung:

„Bei verschiedenen Gelegenheiten in der Vergangenheit haben die OeRK-Leitungsorgane die einzigartige Rolle der Vereinten Nationen und die hohen Ideale, die in ihrer Charta Ausdruck finden, bekräftigt. ... Trotz der Schwäche der UNO und der unzureichenden Zusammenarbeit der Regierungen im Rahmen der UNO ist sie immer noch das beste Instrument, das wir haben, um auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu reagieren. ...

– Der OeRK hat als erste Organisation eine Zielgröße für staatliche Entwicklungshilfe benannt, nämlich zwei Prozent des Volkseinkommens. Es ist wichtig, dass die Mitgliedskirchen in den Geberländern weiterhin auf ihre Regierungen und die Öffentlichkeit einwirken, damit die Zielvorgabe der UNO von 0,7 % des BIP aufrechterhalten oder aufgestockt wird, ohne dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtern. In Kombination mit einer gerechteren Handelspolitik und einer schnelleren und umfangreicheren Reduzierung der staatlichen Schulden ist es möglich, die Entwicklung aufrecht zu erhalten und die Armut zu verringern, um die Millenniumsziele zu erfüllen und noch über sie hinauszugehen.

– Die UNO muss dringend ihre Kapazitäten ausbauen, um besser auf die wachsende Interaktion zwischen Religion und Politik reagieren zu können. Es ist zudem dringend, dass die Kirchen und der OeRK ihre eigenen Kapazitäten stärken, um ihre Zusammenarbeit mit der UNO weiterzuführen und zu verbessern. ...

Die Vollversammlung hat folgendes beschlossen (Resolution): Sie

– ermutigt die Kirchen dazu, auf die Mitgliedsstaaten einzuwirken, aktiv mit der UNO zusammenzuarbeiten, sich an ihre Zusagen zur Finanzierung der Organisa-

tion zu halten und sicherzustellen, dass die Organisation und ihre Sonderorganisationen mit den personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die zur Erfüllung ihres Mandats notwendig sind.

– unterstützt eine Änderung der Mitgliedschaft beim UN-Sicherheitsrat, die ihn in geographischer, politischer und kultureller Hinsicht repräsentativer für die heutige Welt machen kann ...

– unterstreicht die Wichtigkeit demokratisch gewählter, offener und verantwortlicher Diskussionsforen zu globalen wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen und ruft dazu auf, sie gegenüber exklusiven, unausgewogenen und geschlossenen Foren zu stärken ... Zusagen von den Regierungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, zum Schuldenerlass und für nachhaltige Entwicklung sollten als bindend angesehen werden, und der UNO müssen Instrumente an die Hand gegeben werden, die ihre Umsetzung sichern.

– ermutigt die Kirchen dazu, mit den Mitgliedsstaaten zusammenzuarbeiten, um die UNO zur Initiatorin und globalen Kontrollinstanz für die Verwaltung von natürlichen Ressourcen und öffentlichem Gemeingut zu machen und die Mechanismen zu stärken, die sicherstellen, dass sich transnationale Kapitalgesellschaften an globale Standards halten.

– betont, dass eine Reform der UN-Menschenrechtsstrukturen die Fähigkeit der UNO stärken muss, die Lebensbedingungen der Opfer von Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Unterdrückung überall in der Welt zu verbessern. Das von der Menschenrechtskommission eingerichtete System der Sonderverfahren, die Menschenrechts-Vertragsorgane sowie die Hochkommissarin für Menschenrechte und ihr Büro müssen aktiv unterstützt, ihre Unabhängigkeit geachtet und ihre Kapazitäten substantiell erhöht werden..“

(OeRK IX. VV Porto Alegre, Dokument Nr. PIC 02-3)

Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die ökumenische Jugend

Die „jüngste“ Vollversammlung aller Zeiten forderte den neuen Zentralausschuss auf, „ein repräsentatives Gremium von jungen Erwachsenen einzusetzen, das die Rollen junger, mit dem OeRK verbundener Erwachsener koordinieren und die Kommunikation zwischen ihnen fördern soll.“

Während der Vollversammlung hatten die Jugenddelegierten, aber auch andere Delegierte, immer wieder auf das im Vorfeld formulierte Ziel hingewiesen, die Beteiligungsmöglichkeiten junger Erwachsener an den Entscheidungsprozessen des OeRK zu verbessern. Junge Erwachsene werden in Zukunft an der Arbeit in allen Vollversammlungsausschüssen beteiligt sein.

Der Ausschuss für Programmrichtlinien

„unterstützt mit Nachdruck die Vorbereitung junger Menschen auf ökumenische Führungsaufgaben innerhalb des OeRK einschließlich der vollen Beteiligung von jungen Menschen an allen zukünftigen Programmen des OeRK. Ihre Stimmen, ihre Anliegen und ihre Präsenz müssen direkter in den Entscheidungsprozessen und der Leitung der künftigen Arbeit und Geschäfte des OeRK zum Tragen kommen.“

Trotz Programmreduzierung mehr Engagement zu HIV/AIDS

„Wir müssen den Kirchen helfen, kompetent mit Aids umzugehen“, forderte Dr. Sue Parry, Afrika-Koordinatorin der Ökumenischen HIV/Aids-Initiative (EHAIA), am Rande der 9. OeRK-Vollversammlung. HIV und Aids sollten Schwerpunkte der Arbeit des OeRK sein und in Themenbereichen wie Gerechtigkeit, Armut, Verhältnis der Geschlechter und Wirtschaft berücksichtigt werden. Die Vollversammlung dürfe die Gelegenheit nicht versäumen, größere Aufmerksamkeit auf HIV und Aids zu lenken. „Das gesellschaftliche Gefüge bricht auseinander“, so Dr. Parry in Bezug auf ihre Erfahrungen im südlichen Afrika. „Wir versagen, wenn wir dieses Thema nicht mit der größten Dringlichkeit behandeln.“

Die Bolivianerin Gracia Violeta Ross Quiroga würdigte den Einsatz afrikanischer Kirchen im Kampf gegen HIV und Aids. „Davon können wir in Bolivien noch viel lernen.“ Noch gebe es in ihrer Kirche kaum die Bereitschaft, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Pastor Gideon Byamugisha, Mitbegründer des Afrikanischen Netzwerkes religiöser Führer, die von HIV/Aids betroffen sind (ANERELA), erklärte, die Kirche sei früher eher ein Stolperstein im Kampf gegen HIV/Aids gewesen. „Jetzt sind wir in eine Phase aktiver Verantwortung eingetreten.“ Die Bereitschaft des OeRK, ANERELA dabei zu unterstützen, sei ein lebendiges Zeugnis dieser neuen Phase. Das von ihm mitgegründete Hilfswerk wolle Kirchen und Kirchenführern helfen, sich mit dem Thema HIV und Aids auseinander zu setzen. Er erlebe immer wieder zwei Reaktionen auf seine Berichte: „Von der Seite haben wir das ja noch gar nicht gesehen.“ Und: „Warum sind Sie nicht schon früher zu uns gekommen?“

Der Ausschuss für Programmrichtlinien empfiehlt denn auch dem OeRK, „sich in seinem Zeugnis in der Welt klarer und stärker öffentlich zu profilieren. In diesem Sinne hofft der Ausschuss, dass der OeRK seine Energie und Aufmerksamkeit auf eine beschränkte Anzahl Themen richten wird, die nach einer gemeinsamen Antwort der Kirchen verlangen. HIV/AIDS (einschließlich der ekklesiologischen Implikationen dieser Pandemie in den meisten Teilen unserer Welt) sollte eines dieser Themen sein.“

Neue Verfassung und Konsensverfahren

Bereits in der ersten Woche der Vollversammlung nahmen die Delegierten eine grundlegend überarbeitete Verfassung und Satzung an, durch die der OeRK nun zur Entscheidungsfindung durch Konsens übergegangen ist und in denen die Kriterien der Mitgliedschaft geändert wurden. Die Reformen gingen aus den starken Bedenken hervor, die orthodoxe Mitgliedskirchen geäußert hatten und zielten darauf, die Beteiligung der Kirchen aus unterschiedlichen Kulturen und Traditionen zu stärken.

Vor allem die orthodoxen Kirchen hatten sich für das neue Verfahren stark gemacht. In Porto Alegre sollten die Delegierten über wichtige Fragen so lange beraten, bis alle Stimmberechtigten eine Lösung mittragen können. Die Teilnehmer konnten dem Vorsitzenden einer Versammlung mit Karten zeigen, ob sie sich dem Konsens annähern: Dabei galt: Die orange Karte signalisiert „Aufgeschlossenheit“. Der blaue Karton hingegen bedeutete: „Ablehnung oder Distanz“ zu einem Vorschlag. Während der Debatte zeigten die Delegierten ihre Karten. Der Vorsitzende erkennt, in welche Richtung die Stimmung sich dreht.

Unangenehme Erfahrungen mit dem Modell des Konsensentscheids musste die Welthandelsorganisation (WTO) machen. Im Jahr 1998 konnten sich die WTO-Mitglieder monatelang nicht auf einen neuen WTO-Generaldirektor einigen: Von Mai bis September blieb der Chefessel verwaist. Mit anderen Worten: Jeder Staat hat ein Vetorecht, kann alles lahm legen. Doch der Weltkirchenrat baute vor: Über heikle Fragen wie Verfassungsänderungen, Personal und Finanzabschlüsse wird weiter im Mehrheitsverfahren entschieden.

Neues Leitungsgremium

Die Delegierten wählten den neuen 150-köpfigen Zentrallausschuss, der zwischen den Vollversammlungen das höchste Entscheidungsgremium des Weltkirchenrates ist. Dem neuen Zentrallausschuss gehören 63 Frauen und 22 junge Erwachsene an. Fünf Deutsche wurden in dieses Gremium gewählt: Christina Biere (stud. theol.), Heike Bosien (Pfarrerinnen), Martin Hein (Landesbischof), Rolf Koppe (Bischof) und Frank Schürer-Behrmann (Superintendent). Die Vollversammlung ernannte außerdem acht Präsidenten, die im Weltkirchenrat ihre jeweilige Region vertreten.

Der Zentrallausschuss wählte Pastor Dr. Walter Altmann (Ev.-luth. Kirche in Brasilien) zum Vorsitzenden. Die Stellvertreter sind Metropolit Gennadios von Sasmia (Oekumenisches Patriarchat von Konstantinopel) und Pastor Dr. Margaretha M. Hendriks-Ririmasse (Protestantische Kirche der Molukken, Indonesien).

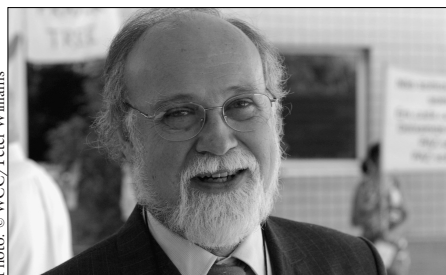


Photo: © WCC/Peter Williams

Pfarrer Dr. Walter Altmann, Neuer Vorsitzender des Zentrallausschusses

Weitere Nachrichten aus der Oekumene

Vorschlag für europäische evangelische Kirchenversammlung

Der rheinische Präses Nikolaus Schneider hat sich für die Einrichtung einer europäischen evangelischen Synode oder Kirchenversammlung ausgesprochen. Die Kirchen müssten an einer europäischen Integration mitwirken, die an den Lebensrechten der Menschen orientiert ist. Dabei gehe es um die langfristige Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, um die kulturelle Entwicklung, den Frieden zwischen den Glaubensgemeinschaften und eine nicht-militärische Friedenssicherung. Damit sich Europa nicht zu einer Festung gegen die armen Nachbarn werde, bedürfe es eines gerechten Interessenausgleichs zwischen Völkern und Staaten, fordert Schneider. Die protestantischen Kirchen seien schon immer „Global Prayer, in mancher Hinsicht auch Global Player“ gewesen, ergänzte Schneider.

Zweiter Oekumenischer Kirchentag 2010

Der zweite bundesweite Oekumenische Kirchentag findet vom 12. bis 16. Mai 2010 in München statt. Gastgeber sind die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und das Erzbistum München und Freising. Erwartet würden mehr als 100 000 Teilnehmer, teilten die Organisatoren mit. Das Treffen werde sich schwerpunktmäßig mit der Rolle von Christen in der Gesellschaft befassen. Der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), die gemeinsam das Großtreffen vorbereiten und tragen, begrüßten die Einladung. Der gemeinsame Etat werde schätzungsweise einen Umfang von 18 Millionen Euro haben, hieß es. Der erste Oekumenische Kirchentag mit mehr als 200 000 Teilnehmern fand vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin statt.

Rabbiner und Imame befürworten religiöse Koexistenz

Jüdische und muslimische Vertreter trafen sich zu einer Konferenz in Spanien und riefen gemeinsam zu religiöser Toleranz auf. In

einer gemeinsamen Schlusserklärung hieß es am 22. März: Zwischen Islam und Judentum gibt es keinen inhärenten Konflikt. Unsere beiden Religionen teilen die gemeinsam Grundüberzeugung des Glaubens an den einen allmächtigen Gott, dessen Namen Frieden lautet, auch wenn in der Moderne die Politik negative Einflüsse auf unsere Beziehungen ausgeübt hat.

Neben palästinensischen Imamen nahmen insgesamt 72 muslimische Vertreter und 72 Rabbiner aus 34 Ländern am „Zweiten Weltkongress von Imamen und Rabbinern für den Frieden“ in Sevilla teil. Die in Paris ansässige Stiftung „Hommes de Parole“ hatte zu dem Treffen eingeladen. Wenig zur Sprache kamen dabei die inneren Spannungen der jeweiligen Religionsgemeinschaften, besonders die Konflikte zwischen orthodoxem Establishment und Reformkräften. In der israelischen Presse war indessen von Spannungen zwischen den israelischen und palästinensischen Teilnehmern zu lesen, als von beiden Seiten Gerüchte die Runde machten, es gäbe Versuche, tagespolitische Fragen in die Konferenz zu tragen; schließlich wurde jedoch eine gemeinsame Schlusserklärung erreicht: „Wir missbilligen jede Hetze gegen Glauben oder Völker, ganz zu schweigen von Aufrufen zu ihrer Auslöschung“.

Amerikanische Presbyterianer investieren in Oikocredit

Eine Million US-\$ investiert die 2,4 Millionen Gläubige umfassende US-Kirche in „Oikocredit“, die 1975 gegründete Bank, die in den sog. Armen Ländern der Welt Kredite für Kleingeschäfte vermittelt. Damit sind die US-Amerikaner nach der Kirche von Schweden der zweitgrößte Investor. Nach Angaben von Gary Cook, dem stellvertretenden Direktor des presbyterianischen Programms „Global Service and Witness“ habe seine Kirche seit Jahren die Kirchen aufgefordert, in Oikocredit zu investieren, „weil Oikocredit Investitionen in Hoffnung verwandelt“. Die meisten Investitionen machten nur Geld; eine Investition bei Oikocredit sei eine der wenigen Gelegenheiten, die einen wirklichen Unterschied machen im Leben der Armen und der an den Rand gedrängten Menschen, so Cook.

Oikocredit arbeitet als eine Kooperative und verfügt über 360 Millionen US-\$ an Vermögen und vergibt sein Geld über ein Netzwerk von lokalen Büros in Lateinamerika, Asien, Afrika, Zentral- und Osteuropa. Die Hälfte der von Oikocredit vergebenen Darlehen gehen an Agenturen, die selbst wieder Kleinkredite vergeben sowie an Kooperativen und Klein- und Mittelunternehmen in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk und Dienstleistung. Die Organisation unterstützt weltweit ca. 400 Partner.

Nähere Informationen zu Oikocredit unter: www.oikocredit.org/site/de. Es gibt auch zahlreiche regionale Unterstützungskreise im deutschsprachigen Raum.

Säkulare Unterstützung für christlichen Protest in Indien

Mehr als 20 säkulare Gruppen und Organisationen haben sich im von Hindu-Nationalisten der Bharatiya Janata Partei (BJP) regierten westindischen Bundesstaat Rajasthan einem Schweige- und Protestmarsch dortiger Christen gegen die ständigen Verfolgungen angeschlossen. Mehr als 6000 Menschen marschierten unter stechender Sonne am 21. März vier Kilometer durch die Hauptstadt Jaipur. Zu den Protestierenden, zu denen Hunderte katholische Nonnen gehörten, nahmen am Ende an einer mehrstündigen Versammlung teil, auf der zahlreiche kirchliche und politische Führungspersonlichkeiten sprachen, die alle die Regierung der Komplizenschaft an den Vorfällen beschuldigten. Unter den etwa 57 Millionen Einwohnern des – größtenteils aus der Wüste Thar bestehenden Bundesstaates machen Christen etwa 100 000 Menschen aus. Ausgelöst wurde der Protest nach einem Angriff auf die Emmanuel Missionsstation in Kota, nachdem dort im Verkauf ein Buch mit abfälligen Äußerungen über den Hinduismus gefunden worden war. Auch nach erfolgter Entschuldigung gingen die Übergriffe auf zahlreiche kirchliche Einrichtungen, auch auf deren 49 Schulen, weiter. Die Regierung stoppte die Gaslieferung an das Waisenhaus in Kota mit mehr als 2000 Menschen, für die Bankguthaben ein und widerrief die Lizenz der Einrichtung; auch wurden Verhaftungen vorgenommen von Verantwortlichen der Missionsstation.

Die Protestierenden forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Gemeinsam mit den Gruppen forderten die Christen im Bundesstaat ein Ende der Übergriffe auf die christlichen Gemeinschaften und andere Minderheiten. Nach Angaben kirchlicher Kreise in Rajasthan hätten die Hindu-Aktiven weitgehend freie Hand, unter den Augen der Polizei könnten sie christlichen Einrichtungen angreifen, Menschen am Besuch der Kirchen hindern und anderes. Es schie- ne, als habe die Polizei klare Anweisungen, nicht zum Schutz von Christen einzugreifen, so Rev. Z.T. Masih, Präsident der Jaipur Christian Fellowship.

Die Ereignisse in Jaipur beschäftigen zwischen auch mehr das Parlament des indischen Bundesstaates. „Was dort geschieht, kann in einer Demokratie nicht hingenommen werden“, so Suresh Kurup, ein kommunistischer Abgeordneter und selbst Hindu.

Kapelle für ehemalige Gefangene errichtet

Die „Prison Fellowship of Malawi“ hat kürzlich eine neugebaute Kapelle ihrer Bestimmung übergeben. Das Werk, das sich der Rehabilitation von Gefangenen verschrieben hat und Mitglied der Internationalen Gefangenenhilfe ist, ist fest überzeugt, dass die geistliche Rehabilitation, die Versöhnung und die

Veränderung ehemaliger Gefangener, ihrer Opfer und deren Familien in dem Land, dessen Zahl an Gefangenen stetig wächst, unlöslich zusammen gehören. Der Bau, der umgerechnet 36.000,- EUR gekostet hat und im Balaka-Distrikt, in Malawis Süden steht, wurde von der norwegischen Church Aid finanziert. Sie gehört zu einer Komplex von Einrichtungen der Fellowship, die sich Halfway House nennt. Nachdem klassische Programme der Resozialisierung ehemaliger Gefangener immer wieder versagt hätten, habe man sich zu diesem Bau entschlossen und hoffe so, eine wirkliche Umkehr der Menschen besser erreichen zu können. Inzwischen unterstützen Geistliche der römisch-katholischen Kirche, der Presbyterianer, der Lutheraner aber auch Imame das Unterfangen.

Anglikanische Gemeinschaft kann zerbrechen

Der Erzbischof von Canterbury und Primas der Anglikanischen Kirche, Rowan Williams, hat in einem Fernsehinterview davor gewarnt, dass die anglikanische Kirchengemeinschaft über der Frage des Umgangs mit der Homosexualität zerbrechen könne. Seit dem Jahr 2003, als in den Vereinigten Staaten mit Gene Robinson ein offen homosexuell lebender Bischof gewählt wurde und

seit eine Diözese in Kanada Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare eingeführt habe, ist die Kirche gespalten. Zahlreiche anglikanische Kirchen, insbesondere in Afrika, hatten daraufhin ihre Beziehungen zu den Schwesterkirchen in den USA abgebrochen.

In dem Interview, das während einer Pastoralreise in den Sudan vom BBC geführt wurde, sagte Williams, er könne sich eine lockerere Föderation von anglikanischen Kirchen vorstellen, um die auseinander driftenden Kirchen noch zusammen zu halten. „Meine Befürchtung aber ist“, so das Oberhaupt der mehr als 70 Millionen Anglikaner weltweit, „sobald die Kirchengemeinschaft einmal zerbrochen ist, werden wir mit noch weniger als einer losen Föderation enden.“

In einem Interview mit der „Washington Post“ äußerte sich zugleich der Anglikanische Bischof der Stadt, John Bryson Chane, sehr kritisch gegen einen der führenden Anglikaner Afrikas, Erzbischof Akinola von Nigeria, einen der Anführer gegen eine veränderte kirchliche Position gegenüber der Homosexualität. Er sei, so Chane, das wohl mächtigste Mitglied einer Allianz konservativer Bischöfe und Theologen, wesentlich finanziert durch US-amerikanische Gruppen und Stiftungen, die die gesamte Anglikanische Kirchengemeinschaft dominieren und jene, die diesem Ansinnen Widerstand leisteten, aus der Kirche ausschließen wollten.

Aus oekumenischen NETZEN

► „Damit die Welt lebt“

Entwurf zur Verständigung auf ein Selbstverständnis für das „Oekumenische Netz in Deutschland“ (OeNiD)

Im Rahmen eines oekumenischen Ratschlags am 4./5. November 2005 wurde ein „Oekumenisches Netz in Deutschland“ (OeNiD) anvisiert. Die Initiative zur Durchführung dieses Ratschlags ging vom Koordinationskreis oekumenischer Netze, Basisgruppen und Initiativen aus und wurde von zahlreichen anderen Netzwerken und Organisationen unterstützt.

Mit einer Gründung des OeNiD wird die Absicht verbunden, unter bewusster Bewahrung der thematischen und strategischen Vielfaltigkeit aller bestehenden Aktivitäten eine Art oekumenische Plattform zu schaffen, um dem immer (ge)wichtigeren, aber bislang zu wenig nach außen getragenen Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gewissermaßen als „bundesweites Sprachrohr“ mehr Wirkungsmächtigkeit gegenüber den Kirchen und der allgemeinen Öffentlichkeit zu verleihen. Gleich-

zeitig geht es darum, durch die kooperative Umsetzung von Arbeitsschwerpunkten auch auf lokaler Ebene neue Impulse zu Aktion und Zusammenarbeit zu geben.

Im gegenwärtig diskutierten Entwurf zu einem Grundsatzpapier heißt es: „Manches deutet indes gegenwärtig darauf hin, dass Kirchen und zivilreligiöse Körperschaften in der postmodernen Marktgesellschaft bis hin zur Belanglosigkeit zersplittern, schrumpfen und nivelliert werden. Das aber käme dem Ende der fatalen Belanglosigkeit des gesamten postmodernen Marktradikalismus nahe.“

Es ist an der Zeit, deutlich(er) werden zu lassen, dass sich die oekumenische Basisbewegung heute mehr denn je in besonderer Weise herausgerufen fühlt zu einem eigenständigen Dienst in und für die Gemeinschaft der Kirche – und damit auch für den entscheidenden christlichen Auftrag, „Salz“ zu sein für die jeweilige Weltzeit. Die Zeit ist reif für neue und glaubwürdige Sozialformen konziliaren Christentums. Dies bedeutet noch stärker als bisher, in die Verantwortung gegenüber dem Ruf Gottes einzutreten. Dies kann nur in einer persönlich demütigen und ihrem Auftreten nach selbstbewussten Weise geschehen: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Ihre Rolle wird nun um so bedeutender, als die Großkirchen innerlich geschwächt erscheinen und wenig mutig, was Kommunikationsfähigkeit und Überzeugungskraft angeht. Es ist in diesem Sinn, wenn das OeNiD das Bildwort vom Schlepperdienst für den Großtänker Kirche wieder aufnimmt. Seine Mission verwirklicht sich vorrangig als Herausbildung heilender Gemeinschaften, die sich mit prophetischer Kritik und exemplarischem Dienst am Heilwerden der Welt verbinden. Europa braucht solche kreativen christlichen Minderheiten.“

Worum es geht: Ein Leben in Fülle für alle

„Unser Gebet und unsere Anstrengung gilt deshalb ganz zentral der Fortsetzung und Intensivierung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Unsere künftigen Schwerpunkte sehen wir insbesondere in der Weiterarbeit zum oekumenischen Prozess „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ sowie der Umsetzung der „Freisinger Perspektivagenda“. Ausdrücklich wollen wir die sich im Rahmen dieser beiden Arbeitszusammenhänge bietende Chance ergreifen, die bedauernswerte Aufspaltung des konziliaren Prozesses in seine drei Einzelteile zu überwinden und unser Engagement auf eine gemeinsame, wahrhaft gesamtökumenische biblische Grundlage zu stellen.“

Wir suchen das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit in der Hoffnung, dass uns „alles andere hinzugegeben wird.“ Dazu suchen wir den Schalom Gottes und jagen ihm nach!“

► Südwest-Netze arbeiten zu Europa im Blick auf Sibiu

Für die oekumenische Basis waren die Europäischen Oekumenischen Versammlungen (EOeV) in Basel und Graz wichtige Diskussionsforen zu den Themen der Zeit im Kontext der Oekumene. Deshalb bedauert es das Oekumenische Netz Württemberg (OeNW) sehr, dass zur 3. EOeV in Sibiu keine Begleitveranstaltungen möglich zu sein scheinen. Alle Anfragen geben die Quartiersituation als Grund an. Wir bleiben weiter im Gespräch darüber. Vielleicht ist aber auch die Idee, sich auf das Delegiertentreffen mit mehreren regionalen Treffen vorzubereiten, eine gute Möglichkeit, die Europäische Oekumenische Versammlung in den Kirchengemeinden und Gruppen intensiver vorzubereiten. In Württemberg laden wir ein zur gemeinsamen Tagung des OeNBaden und OeNWürttemberg am 30.06.–02.07.06 in Stuttgart-Degerloch zum Thema: „Freihandelszone Europa verändert unsere Welt – die Kirche auch?“ Kann die Dienstleistungsrichtlinie menschen-

licher gestaltet werden? Für wen ist die Öffnung der Grenzen ein Vorteil? Wird die Freihandelszone den Menschen mehr Wohlstand oder mehr Unsicherheit bringen? Was hätte Bonhoeffer dazu gesagt? Aus der Diskussion wollen wir den Delegierten für Sibiu unsere Voten mitgeben.

Vom 27.–29.10.06 wird dann in Bad Boll auf kirchlicher Ebene auch mit Beteiligung des OeNW eine oekumenische Begegnung zu den Themen: Oekumene, Europa, Migration, Umwelt, Globalisierung und Interreligiöser Dialog stattfinden. Wir freuen uns auf eine Beteiligung aus dem süddeutschen Raum. Württemberg liegt zwischen Sibiu und Lissabon, zwischen Athen und Belfast ... Näheres ist zu erfahren bei:

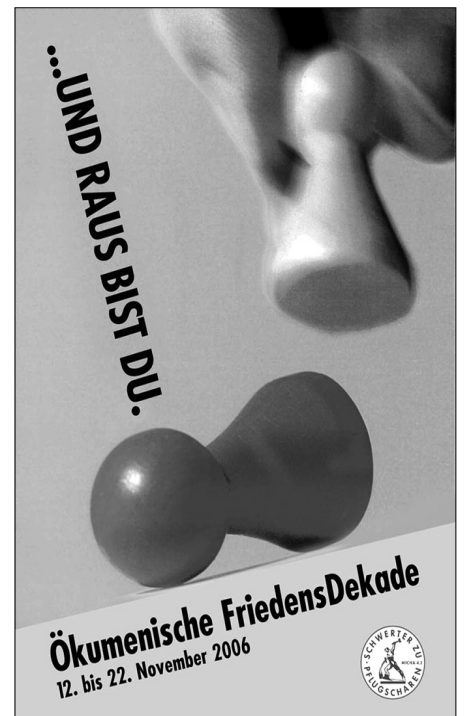
Johanna Moltmann-Hermann, oenw.hermann@gmx.de
Riedhöfe 2, 88410 Bad Wurzach, Tel.: 075 64/4479

► Oekumenische Sommeruniversität zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit

Die heurige Oekumenische Sommeruniversität findet vom 31.7.–6.8.06 in der Akademie Hofgeismar statt zum Thema „Globalisierung und die Oekumenische Bewegung. Porto Alegre: Kritisch-kreative Nachlese und mutmachende Ausblicke“. Sie richtet ihren Fokus auf die Auswertung der Vollversammlung, ihre Ergebnisse und deren Vermittlung sowie auf Ideen zur Umsetzung. Auf dem Programm stehen Erzählalons zu Porto Alegre, Bibelarbeiten, Vorträge und Diskussionsrunden zum Agape-Konsultationsprozess, zu den Einschätzungen aus protestantischer, katholischer, orthodoxer Sicht, aus der Perspektive junger Menschen, zu neuen Ansätzen im Menschenrechtsbereich, Arbeitsgruppen zu Kernfragen der Globalisierung, Exkursionen zu Bürgerinitiativen, Theaterworkshops, Filme, Gottesdienst, Fest etc.

Veranstalter sind das „Plädoyer für eine oekumenische Zukunft“, der Ev. Entwicklungsdienst und die Ev. Akademie Hofgeismar. Die Kosten (im DZ) betragen 280,- EUR. Teilnehmende mit keinem oder geringen Einkommen zahlen 50%, SchülerInnen 50,- EUR.

Informationen: Plädoyer-Geschäftsführer Werner Gebert
Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 074 73/95 98 98
Fax: -95 98 94, euw.gebert@t-online.de
Anmeldung: Ev. Akademie Hofgeismar, Postf. 1205
34362 Hofgeismar, Tel: 05671/881-0
ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de



► Oekumenische FriedensDekade November 2006 Motto „... und raus bist du.“

Das Gesprächsforum der Oekumenischen FriedensDekade entschied sich unter 57 eingereichten Vorschlägen für den Entwurf von Carsten Scherler aus Stuttgart. Das Motiv zeigt zwei Spielfiguren, von denen die erste Figur, von einer Hand gehalten, die zweite gerade aus dem Spiel schlägt. „... und raus bist du.“, das diesjährige Motto der FriedensDekade, ist über den Figuren zu lesen.

Wie in den vergangenen Jahren werden auch in diesem Jahr in den zehn Tagen vor dem Buß- und Betttag vom 12.–22. November im gesamten Bundesgebiet Friedensgebete, Gottesdienste und Informationsveranstaltungen zum Thema „Frieden und Gerechtigkeit“ stattfinden. Inhaltlicher Schwerpunkt wird der Aufruf zum Einsatz für die Einhaltung der Menschenwürde sein. Ein konkreter Aktionsschwerpunkt während der Informations- und Gebetstage wird in der Sammlung von Unterschriften gegen die Produktion und den Einsatz von Landminen und Streubomben in aller Welt liegen, mit denen das Gesprächsforum das mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete „Aktionsbündnis Landmine.de“ unterstützen möchte. Die Arbeitsmaterialien für die diesjährige FriedensDekade werden bereits Ende Juni fertig gestellt sein.

Bestellt werden können die Materialien schon jetzt im Internet: www.friedensdekade.de

HINWEIS Wegen der Berichterstattung über die 9. Vollversammlung des OeRK ist in dieser Ausgabe des OID der Umfang der Berichte aus den Netzen ausnahmsweise verringert.
DIE REDAKTION

► Erklärung „EKD, Auslandsarbeit und Oekumene“ Anfragen an die Auslandsarbeit der EKD

Für eine Neuausrichtung der Arbeit der EKD im Bereich Auslandsgemeinden treten mehrere oekumenische Gruppen ein. Ein entsprechendes Papier wurde vom Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA), dem Oekumenischen Forum (Rheinland/Westfalen), der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika/KASA, den Frauen für Gerechtigkeit im Südlichen Afrika sowie Pro Oekumene im Februar 2006 vorgelegt. Darin heißt es:

„Am Beispiel der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia - ELKIN (DELK) - und ihrer partnerschaftlichen Beziehungen zur EKD ist uns deutlich geworden, dass die Auslandsarbeit der EKD theologisch und oekumenisch in Frage gestellt werden muss. Das ist umso wichtiger als gerade die Auslandsarbeit einen großen Teil der Arbeit und der Ressourcen der EKD in Anspruch nimmt. Im Haushalt der EKD sind es 12,1 Mill. Euro, der drittgrößte Posten im Haushaltsplan der EKD ...

Bei der DELK handelt es sich um eine auf die deutsche Kolonialherrschaft zurückgehende Kirchengründung. Sie hat heute etwa 7000 Mitglieder, die von augenblicklich sieben Pfarrern und einem Bischof betreut werden, von denen sechs aus dem Bereich der EKD nach Namibia entsandt worden sind. 2006 sind dafür im Haushalt der EKD Fürsorgeleistungen und Versorgungskassenbeiträge in Höhe von ca. 275.000,- EUR und ein Zuschuss von 28.500,- EUR vorgesehen. Offensichtlich ist die DELK, was die Zusammensetzung der Pfarrerschaft betrifft, keine eigenständige Kirche, sondern ein Ableger der EKD ...

Der Rat der EKD ruft seine deutschsprachige namibische Partnerkirche zwar immer wieder zur Verständigung und Zusammenarbeit mit den beiden einheimischen Nachbarkirchen auf: Der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELCRN) und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (ELCIN). Aber letztlich ist ihm die Aufrechterhaltung der Verbindung zu Menschen gemeinsamer deutscher Herkunft und Sprache wichtiger als die Förderung der lutherischen und oekumenischen Einheit in Namibia.

Das kommt erneut in dem Partnerschaftsvertrag der EKD mit der DELK aus dem Jahr 2003 zum Ausdruck ... Wir fordern deshalb, dass diese Verträge so bald wie möglich gekündigt werden. Mittelfristig muss aber auch die Grundordnung der EKD, auf der diese Verträge basieren, überarbeitet werden, besonders Artikel 17. In ihm geht es um weltweite Oekumene, um Auslandsarbeit und Christen fremder Sprache am Ort. Dieser Artikel, aber auch die oekumenische Praxis der EKD insgesamt müssen grund-

legend verändert werden, so dass sie gegenwärtigen Erkenntnissen oekumenischer Theologie gerecht werden...

Schon in der Apartheidzeit stand die EKD mit ihrer Unterstützung der deutschsprachigen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika einer Vereinigung der schwarzen und weißen lutherischen Kirchen im Weg. ...

Gemeinsame deutsche Sprache und Herkunft spielen nicht nur für die vertraglich geregelten Beziehungen der EKD zu den deutschsprachigen Kirchen im Südlichen Afrika eine besondere Rolle, sondern auch für die zu den Evangelisch-Lutherischen Kirchen (die Selbstbezeichnungen sind unterschiedlich) in Chile, Argentinien, Brasilien, USA, Kanada, England, Italien und Russland.

Daneben aber unterhält die EKD ein weltweites Netz von ca. 140 Auslandsgemeinden, in die sie ihre Pfarrer aus dem Bereich der EKD entsendet. Sie sind eine Art Außenposten der EKD, die sie selbst als „wichtige Kulturträger“ in der weiten Welt versteht. ... Wir können diese Form des deutschen Kulturprotestantismus nicht gutheißen, sondern widersprechen seinem weltweitem Anspruch und bedauern die von ihm ausgehenden negativen Auswirkungen auf die internationale oekumenische Bewegung ...

Wir erwarten ... , dass die EKD ihre Auslandsarbeit über Art. 17,3 hinaus in verbindlicher, vertraglich geregelter Partnerschaft mit den christlichen Gemeinden und Kirchen am Ort und in Absprache mit den regionalen Kirchenräten und dem OeRK ausrichtet. ... In Art. 17,4 wird der Dienst der EKD an Christen fremder Sprache und Herkunft an die Gliedkirchen der EKD delegiert.

Wir sind der Auffassung, dass die Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu Christen fremder Sprache und Herkunft in Deutschland, aber auch zu Ausländern insgesamt, zu Immigranten und Flüchtlingen, nicht nur den Gliedkirchen überlassen werden darf und auch nicht nur als eine diakonische Aufgabe verstanden werden kann. Vielmehr sollte das Leben und die Arbeit mit Christen fremder Sprache und Herkunft, mit Flüchtlingen, Immigranten und Ausländern insgesamt zu einem Schwerpunkt des oekumenischen Engagements der EKD werden.“

Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA)

Oekumenisches Forum (Rheinland/Westfalen)

Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika/KASA

Frauen für Gerechtigkeit im Südlichen Afrika

Pro Oekumene-Initiative in Württemberg

Ansprechpartner:

Markus Braun, Münzgasse 15, 72070 Tübingen

Tel.: 070 71/94 03 90, marx.bruno@gmx.de

Klaus Matthes, Hausdykerfeld 16, 45309 Essen

Tel.: 02 01/30 42 24, Kmatthes@web.de

Werner Gebert, Banweg 14, 72131 Ofterdingen

Tel.: 074 73/95 98 98, euw.gebert@t-online.de

► Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung: Was tut die Kirche? - Auf dem gemeinsamen Lernweg von Basel über Graz nach Sibiu (Hermannstadt)

Aus gutem Grund fordern die Kirchen mehr Engagement für Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und für eine nachhaltige Entwicklung. Die Kirchen sind aber auch selbst Akteure und gefordert, ihr Reden und Tun im eigenen Einflussbereich glaubwürdig in Einklang zu bringen. „Vergesst nicht: an euren Taten wird man euch messen.“ (Mt 7,2). Einen Beitrag der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung in Vorbereitung auf die 3. Europäische Oekumenische Versammlung (EOeV) in Sibiu 2007 möchte nun eine Tagung vom **12.-14. Mai 2006** in der Lutherstadt Wittenberg formulieren.

Dabei soll auf den Prüfstand, was in den Kirchen und in ihren Werken in Deutschland für die Bewahrung der Schöpfung, für eine zukunftsfähige Entwicklung in den letzten Jahren erreicht bzw. nicht erreicht wurde, z. B. beim Klimaschutz in den Gemeinden und Einrichtungen, bei der Ausrichtung der Beschaffung und Geldanlage an ökologisch-ethischen Kriterien, in der Zusammenarbeit mit Partnergemeinden und -institutionen in den Ländern des Südens. Als Leitfrage wird formuliert, welche Akzente das gesellschaftliche Engagement der Kirchen für Umwelt und Entwicklung zukünftig haben muss und welche Konsequenzen sich daraus für das kircheninterne Handeln ergeben. Aus dieser Analyse sollen künftige Schritte für die Einrichtungen und Gemeinden der Kirchen und ihre haupt- und ehrenamtlich Engagierten abgeleitet werden.

Am Freitag, den **12.05.06**, eröffnet der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen Dr. Hans Diefenbacher mit dem Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung, Dr. Günther Bachmann, die Tagung mit einem Vortrag über „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland Anspruch und Realität“. Am Samstag, den **13.05.06**, spricht Dr. Reinhard Hermle, Misereor, über „Die Kirchen: Promotoren für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland?!“ Pfr. Klaus Breyer, Umweltbeauftragter der Ev. Kirche von Westfalen besucht „Kirchliche Handlungsfelder“ abzustecken.

Anmeldung: Ev. Akademie Sachsen-Anhalt e.V.

Schlossplatz 1d, 06886 Lutherstadt Wittenberg

Eva-Maria Herz-Michl, Tel.: 0 34 91/49 88-47/48

Fax: 0 34 91/40 07 06, herz-michl@kfh-wb.de

www.ev-akademie-wittenberg.de. Tagungsbeitrag inkl.

Verpflegung und Übernachtung im DZ: 70,- EUR

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Baden

Oekumenisches Netz Baden
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 076 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 076 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
c/o Ekke Fetkötter, Porrendeich 6
D-25889 Uelvesbüll
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Gerhild Kramer, Wellenser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinhessen

Oekumenisches Forum
Rheinhessischer Aktionsgruppen
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-
Str. 113-115
D-55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 0 20 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 0 39 1 / 53 46-493
Fax: 0 39 1 / 53 46-490

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 0 23 31 / 54 09-73
Fax: 0 23 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Doris Dilschneider, Ulm
Werner Gebert, Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Jerusalem

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

Hinweis:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland